



Landes-SGK EXTRA

Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

schon beim Einkauf achten Verbraucher verstärkt darauf, Verpackungsabfälle zu vermeiden, und in vielen Haushalten wird der noch anfallende Müll sorgfältig getrennt, um im guten Glauben einen alltäglichen Beitrag für die Umwelt zu leisten.

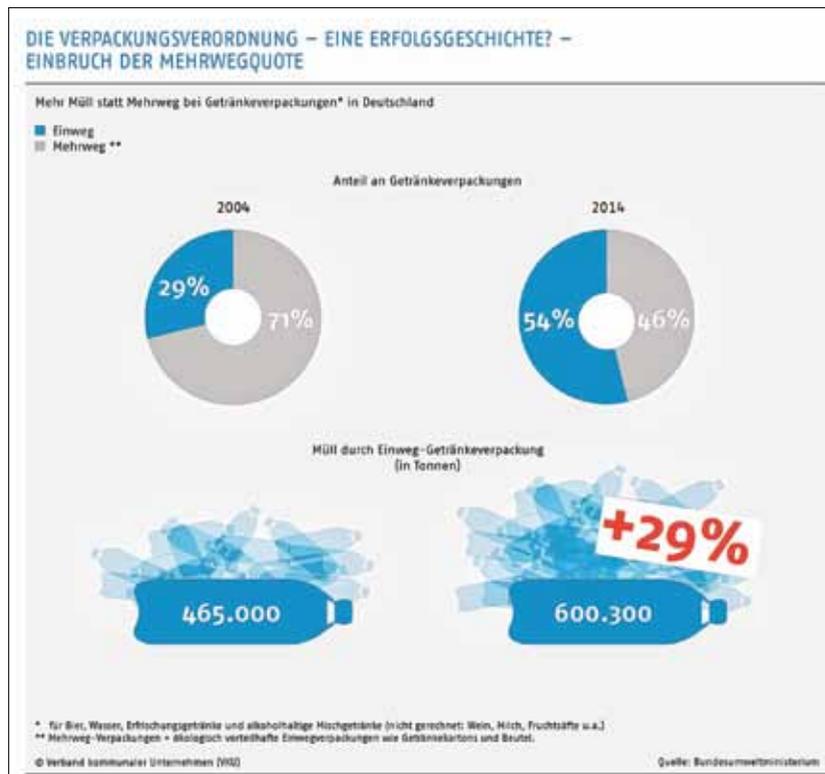
Die Bilanz nach mehr als 25 Jahren Verpackungsverordnung fällt dagegen erschreckend negativ aus: Kein Land in Europa produziert pro Kopf mehr Verpackungsabfälle als Deutschland. Die Mehrwegquote ist eingebrochen. Die tatsächliche Wiedereinsatzquote von aufbereiteten Kunststoffabfällen liegt bei nur 20 Prozent.

Es besteht Handlungsbedarf. Das kürzlich vom Bundestag verabschiedete Verpackungsgesetz geht in die richtige Richtung: In Deutschland soll mehr Abfall als bisher recycelt werden. Eine Ausweitung der Pfandpflicht und eine Förderung von Mehrwegverpackungen sind eine von mehreren Maßnahmen hierzu.

Kommunale und fachliche Spitzenverbände lehnen die Reform jedoch ab. Warum? Die Novellierung eignet sich nicht, die bestehenden ökologischen und organisatorischen Defizite der Verpackungsentsorgung zu beheben. Privatwirtschaftlich zu Überwachende überwachen sich selbst. Schwer vorstellbar, wie die ökologischen Ziele so erreicht werden. Kernproblem des Verpackungsgesetzes bleiben parallele Sammlungssysteme.

Chance vertan

Eine einfache und bürgerfreundliche Sammlung von Verpackungsabfällen wäre dagegen erforderlich: Recycling muss aus der Sicht des Bürgers statt aus wirtschaftlichen Interessen heraus gedacht werden. Das Nebeneinander von kommunaler Haushaltsabfallversorgung und dualen Systemen muss dazu bestmöglich aufeinander abgestimmt werden.



Wer Bedarfe im Sinne einer bürgerfreundlichen Abfallwirtschaft stärken will, der muss für nachvollziehbare Trennregeln sorgen. Die Trennung der Wertstoffe nach Verpackung und Nicht-Verpackung ist und bleibt unlogisch. Wer daran festhält, muss sich über eine sinkende Bereitschaft der Haushalte zur Abfalltrennung nicht wundern.

Eine nachhaltige Wertstoffsammlung ermöglicht das novellierte Gesetz nicht. Recycling fängt schon beim Produzieren an; nicht erst beim Entsorgen. Um ökologische Fortschritte nachhaltig zu erreichen, hatte der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vergeblich gefordert, den Produzenten vorzuschreiben, eine gewisse Quote von recyceltem Material verwenden zu müssen und recycelfähiges Material herzustellen. Doch die Chance, die Verpackungsproblematik vom Kopf auf die Füße zu stellen, wurde vertan.

Die Änderungen des Verpackungsgesetzes verfestigen nun ein kompliziertes System mit hohen Kosten und

immensem bürokratischen Aufwand.

Wie in vielen Feldern der Daseinsvorsorge kann eine wirksame kommunale Steuerung zu einer bürgerfreundlichen Wertstoffsammlung führen. Dazu bedarf es aber einer Stärkung der Kommunen durch den Bund.

Inhalt

Bezahlbarer Wohnraum fordert die Sozialpolitik

Grundschulen zukunftssicher und wohnortnah aufstellen

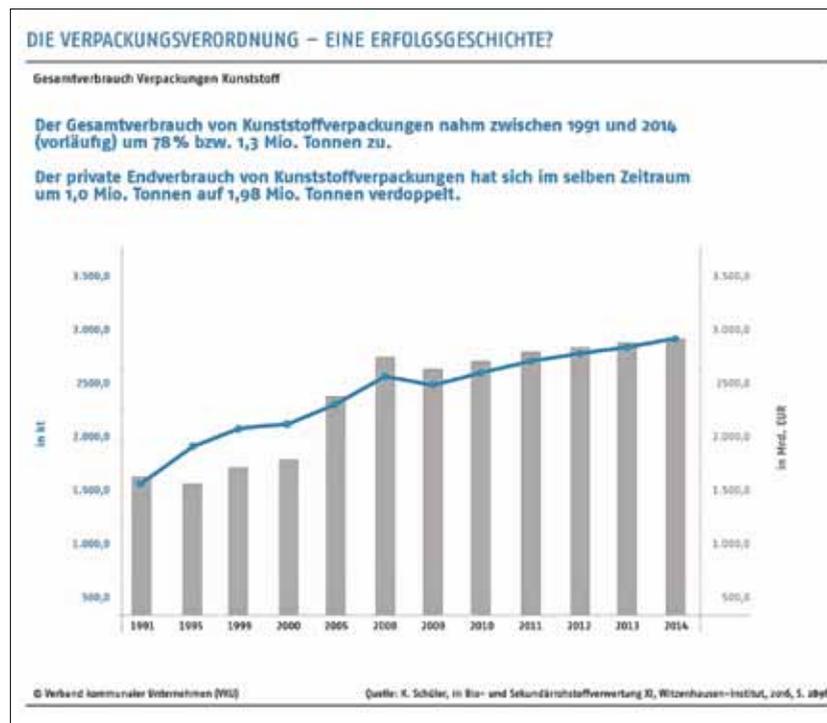
GStB Rheinland-Pfalz muss sich Fragen gefallen lassen

Beratung statt Regelprüfung bei den Pflegeeinrichtungen

Landesverband unterstützt kommunale Wahlkämpfe

Ulrike Nagel peilt das Landratsamt in Kusel an

Torsten Blank geht mit Rückenwind ins Rennen



Bezahlbarer Wohnraum rückt immer stärker in den Fokus der Sozialpolitik

Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung: Die Finanz- und Bauministerin Doris Ahnen sagt, das Problem sei erkannt, und verweist auf ein 300-Millionen-Paket des Landes. Die Stadt Mainz will bis 2020 rund 6500 neue Wohnungen schaffen

Autor Wolfgang Kröhler

Das Thema Wohnen rückt immer mehr in den Mittelpunkt der künftigen Sozialpolitik. Wohnen ist ein elementares Gut, darüber sind sich alle Fachleute einig. Aber in den vergangenen Jahrzehnten wurde vor allem der soziale Wohnungsbau sehr vernachlässigt. Mittlerweile herrscht allerdings Alarmstufe Rot, bezahlbarer Wohnraum wird immer weniger, die Grundstückspreise steigen rasant. Demografische und gesellschaftliche Veränderungen führen dazu, dass die Forderung nach einer aktiven Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik stark in den Fokus gerückt ist. Vor allem in den großstädtischen Gebieten hat seit einiger Zeit ein Verdrängungswettbewerb eingesetzt: Zahlungsschwächere Mieter haben immer öfters keine Chancen mehr gegen die zahlungskräftigeren. Die Ausspielung von energetischer Sanierung gegen preiswertes Wohnen und die steigende Zahl von Single-Haushalten sind weitere Gründe für Entwicklungen, die zu einem angespannten Wohnmarkt führen.

Grundbedürfnis der Menschen

Die Gesamtlage in Rheinland-Pfalz ist höchst unterschiedlich: Neben Gebieten, die eher mit Leerstand zu kämpfen haben, gibt es Regionen, Quartiere und einige „Schwarmstädte“ (Mainz, Trier, Landau), die stark nachgefragt sind. Vor diesem Hintergrund ging die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) unter Beteiligung der SGK Rheinland-Pfalz bei einem Forum im Mainzer Landesmuseum der Frage nach, wie man weiterhin eine ausgewogene Zusammensetzung der Wohnquartiere in Rheinland-Pfalz bei bezahlbaren Preisen erreichen kann. Stephanie Hepper von der FES konnte zu dieser gut besuchten Veranstaltung ein hochkarätig besetztes Podium be-



Expertenrunde im Mainzer Landesmuseum (v.l.n.r.): Heinz-Peter Brehm, Dr. Elena Wiezorek, Moderator Michael Reitzel, Doris Ahnen und SGK-Landesvorsitzender Michael Ebling

Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung

grüßen, das die Ausgangslage vor allem in Rheinland-Pfalz ausgiebig diskutierte.

Das Problem ist erkannt, ein Umsteuern von heute auf morgen sei aber nicht möglich, stellte Finanz- und Bauministerin Doris Ahnen fest. Aber die Politik sei mehr denn je involviert, handle es sich beim Thema Wohnen doch um ein existenzielles Grundbedürfnis der Menschen. Schon 2015 habe man in Rheinland-Pfalz ein Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen gegründet. Die ersten positiven Tendenzen seien erkennbar, so habe man im vergangenen Jahr rund 17.000 Baugenehmigungen erteilt. Für den sozialen Wohnungsbau haben, so Ahnen, Bund und Land mehr Fördermittel zur Verfügung gestellt, das Land Rheinland-Pfalz stelle für diese Zielgruppe rund 300 Millionen Euro bereit. Problematisch sei aber, dass auch verstärkt Menschen mit mittleren Einkommen keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden. „Wir haben es mit großen Aufgaben und Herausforderungen zu tun“, stellte die Ministerin fest. Mit neuen Ideen wolle man die Probleme anpacken, so beispielsweise über Wohnungsgenossenschaften, die mit

Miete und Eigentum eine dritte Säule bilden könnten. Tilgungszuschüsse für den sozialen Wohnungsbau und echte Zuschüsse bis zu 30 Prozent sollten ihr Übriges leisten. Ziel sei es auf jeden Fall, Wohnungen so zu bauen, dass sie bezahlbar sind und die Menschen solange wie möglich in ihren Wohnungen bleiben können. Dabei gelte es die Balance zu finden zwischen den steigenden Bedürfnissen in den Oberzentren und einer steigenden Qualität und Attraktivität auf dem Lande.

Stadt ist wieder „in“

„Mainz wächst, die Stadt ist wieder in, sie hat Magnetfunktion“, so die Analyse des Mainzer Oberbürgermeisters Michael Ebling. Vor allem die jüngere Generation wolle in der Stadt leben. Seine Stadt wachse jährlich um rund 2000 Menschen, das Rhein-Main-Gebiet strahle eindeutig seine Anziehungskraft aus. Die Attraktivität hat aber einen Haken: Von 2011 bis 2015 seien die Mieten um rund zehn Prozent gestiegen, im vierten Quartal des vergangenen Jahres habe man pro Quadratmeter eine durchschnittliche Kaltmiete in Mainz von 11,38 Euro registriert. Menschen, die sich solche Mieten nicht mehr leisten können,

würden immer mehr an den Rand gedrängt. Vor diesem Hintergrund hat sich Mainz ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis 2020 sollen in der Stadt 6500 neue Wohnungen entstehen mit einem höheren Anteil als bisher mit sozialer Förderung. „Diese Vorgaben werden wir erreichen, wahrscheinlich sogar mehr“, zeigt sich Ebling überzeugt. Was ihn auch optimistisch stimmt: „Die Kurve im sozialen Wohnungsbau ist seit Jahren erstmals wieder leicht steigend“.

Auf Infrastruktur achten

Vor neuen Herausforderungen steht auch die Architektenkammer Rheinland-Pfalz. Die Hauptgeschäftsführerin Dr. Elena Wiezorek sieht diese nicht nur in der Quantität von Wohnungen, sondern ganz besonders auch in der Qualität. Bei Bauvorhaben müsse mehr denn je auf die Infrastruktur geachtet werden, so beispielsweise auf ÖPNV-Anbindungen, Schaffung von Gemeinschaftsräumen, nachbarschaftliches Zusammenleben von unterschiedlichen sozialen Schichten.

Heinz-Peter Brehm, Vorsitzender des DMB-Mieterschutzvereins Mainz und Umgebung, kritisierte das massive Fehlverhalten von Verbänden und Politik in der Vergangenheit. In Zukunft müsse man verstärkt aufzeigen, dass der Wohnungsmarkt nicht nur dem Kapitalmarkt folgt mit Steigerungen beim Grundstückspreis um zirka 30 Prozent. Und die Mietpreisbremse ist für Brehm ein Flop: „...sie brems nicht, ihr fehlt einfach die Bremsflüssigkeit“. Die Initiativen, die die Stadt Mainz ergriffen hat, findet der Chef des Mieterschutzvereins aber durchaus gut, mit den Maßnahmen des Landes sei er auch nicht ganz unzufrieden.

Der Ehrenvorsitzende der SGK Rheinland-Pfalz, Michael Reitzel, stellte fest, dass der Wohnraumdruck nicht nur in den Oberzentren gewaltig gewachsen sei, sondern auch das Umland der größeren Städte erreicht habe. Er erinnerte daran, dass der Wohnungsbau zu den existenziellen Kernbereichen einer Kommunalpolitik gehöre. Aber leider habe man in den vergangenen Jahrzehnten diese Aufgabe allzu oft schlichtweg vergessen. Er forderte mehr Nachhaltigkeit, „beim kommunalen Wohnungsbau müssen wir immer dran bleiben“.

DAS DEBATTENMAGAZIN

Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo* 40,- €; Studentenjahresabo* 25,- €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Grundschulen zukunftssicher aufstellen

Bildungsministerium verabschiedet Leitlinien für ein wohnortnahes Grundschulangebot. Zentrale Informationsveranstaltung mit allen Schulträgern: kontrovers, aber konstruktiv

Autorin Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig

Grundschulen sind zuallererst Orte der Bildung. Diese Aufgabe und die organisatorischen Voraussetzungen, die sie benötigt, haben für uns Priorität. Genau das ist bei fortschreitendem demografischem Wandel der Ansatzpunkt der kürzlich verabschiedeten Leitlinien.

41 kleine Grundschulen im Land Rheinland-Pfalz erfüllen im Schuljahr 2016/2017 nicht mehr die Mindestgröße und werden deshalb überprüft. Kleine Grundschulen können natürlich auch gute Bildung leisten, die Mindestgröße von Schulen, wie sie im Schulgesetz festgeschrieben ist, wurde jedoch mit Bedacht gewählt. Sie stellt ein dauerhaftes Angebot und die Voraussetzungen sicher, die Schule braucht: vom Austausch im Kollegium über geregelten Vertretungsunterricht bis hin zu Differenzierungs- und Zusatzangeboten. Die Leitlinien sollen dauerhaft ein wohnortnahes und pädagogisch wertvolles Grundschulangebot sichern.

Vom Entwurf der Leitlinien an haben wir die kommunalen Spitzen, die Interessensvertretungen der Schulleitungen sowie Lehrer-, Eltern- und Schülerverbände einbezogen. Sie alle hatten bis Ende Februar Zeit, ihre Anregungen einzubringen. Am 22. März habe ich gemeinsam mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) alle betroffenen Schulträger zu einer Informationsveranstaltung nach Mainz eingeladen, um ihnen die Leitlinien vorzustellen und sie mit ihnen zu diskutieren. Der Dialog war kontrovers, aber auch konstruktiv. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, in Rheinland-Pfalz ein wohnortnahes, zukunftsfestes und qualitativ hochwertiges Angebot zu sichern.

Sinkende Schülerzahlen

Rheinland-Pfalz verfügt über ein dichtes Grundschulnetz und hat bundesweit – nach Sachsen-Anhalt – die kleinsten Grundschulen. Wir haben

in der Vergangenheit vieles getan, um die Standorte zu erhalten. So wurde beispielsweise die Klassenmesszahl von 30 auf 24 Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen reduziert. Dennoch müssen wir uns alle den sinkenden Schülerzahlen in Zeiten des demografischen Wandels stellen. Auch mit den Leitlinien gilt weiterhin der Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“.

Jetzt haben die Schulträger – als Experten vor Ort – sechs Monate Zeit, ihre Konzepte für den Schulstandort zu erarbeiten. Die ADD wird den Schulträgern dabei zur Seite stehen und sie beraten.

Sobald die Konzepte bei der Schulbehörde eingereicht werden, wird die



Bildungsministerin Stefanie Hubig

Foto: Georg Banek

ADD diese prüfen und entscheiden, ob eine Schule weitergeführt werden kann. Sollte eine Schule nicht fortbe-

stehen können, wird die Aufhebung voraussichtlich zum darauffolgenden Schuljahr 2018/19 stattfinden.

Nebenbei bemerkt:

GStB Rheinland-Pfalz muss sich Fragen gefallen lassen

Autor Michael Reitzel

Der Gemeinde- und Städtebund (GStB) Rheinland-Pfalz hat in kurzer Zeitfolge aus Mitgliedsbeiträgen zwei Anzeigen finanziert, die sich kritisch, in einem Fall polemisch, mit der Politik der Landesregierung auseinandersetzen.

Debatte um Finanzen

Im ersten Falle befasste sich die GStB-Anzeige mit der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen. Darauf hinzuweisen ist sicherlich das gute Recht eines kommunalen Spitzenverbandes. Dies gilt umso mehr, als die kommunale Verschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen mit an der Bundesspitze liegt. Andererseits erhöhte das Land die Zu-

weisungen des kommunalen Finanzausgleichs in den zurückliegenden sechs Jahren stärker als alle anderen Flächenländer und trägt damit zum Abbau von Krediten bei.

An Tatsachen vorbei

Die polemische Behauptung des GStB Rheinland-Pfalz, die Landesregierung verfolge eine „systematische Schulschließungspolitik im ländlichen Raum und damit Infrastrukturvernichtungspolitik“, geht an den Tatsachen vorbei und bedient allenfalls oppositionelle Interessen. Richtig ist, dass das Kultusministerium ein- und zweiklassige Grundschulen auf ihre Zukunftsfähigkeit hin prüft (siehe auch der Bericht von

Kultusministerin Stefanie Hubig auf dieser Seite). Und dies im Interesse der schulpflichtigen Kinder.

Selbstverständlich ist dem Kultusministerium bekannt, dass auch Grundschulen mehr als „Beschulung“ leisten. Sie haben gerade in den kleineren Gemeinden kulturelle und soziale Bedeutung. Dies kann jedoch nicht zur Folge haben, dass auf dem Rücken von Kindern und Steuerpflichtigen „Zwergschulen künstlich beatmet werden“. Die GStB-Mitgliedsgemeinden sollten überlegen, die Geschäftsführung und dem GStB-Vorstand um Rechenschaft hinsichtlich solcher aus Mitgliedsbeiträgen finanzierten Anzeigen zu bitten.

Beratung statt Regelprüfung bei den Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz

Das Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe wurde novelliert. Ein Grundsatz lautet: Gute Arbeit braucht Vertrauen. Gefördert werden passgenaue Beratung sowie eine „Kultur des Hinschauens“

Autorin Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Mit der Novellierung des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe (LWTG) 2016 hat die Landesregierung Abschied genommen von Regelprüfungen in Einrichtungen der Pflege und der Eingliederungshilfe und setzt jetzt statt auf Misstrauen und Kontrolle auf Vertrauen und Beratung.

Mit diesem Paradigmenwechsel sollen Träger von Einrichtungen in ihrer fachlichen Kompetenz und Qualitätsverantwortung noch mehr anerkannt und gestärkt werden.

Worum geht es?

Der rheinland-pfälzische Landtag hat zum 1. März 2016 das LWTG novelliert. Für die Umsetzung und Einhaltung dieses Gesetzes ist die Beratungs- und Prüfbehörde des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung (BP-LWTG) zuständig.

Neu ist seit März 2016: Die BP-LWTG unternimmt keine unangemeldeten Regelprüfungen mehr in Einrichtungen mit einem umfassenden Leistungsangebot für ältere bzw. volljährige pflegebedürftige Menschen

und volljährige Menschen mit Behinderungen. Stattdessen gibt es jährliche regelhafte Beratungen in den Einrichtungen. Die BP-LWTG wird von einer Aufsichts- zu einer Beratungsbehörde.

Warum werden Prüfverfahren abgeschafft?

Das bisherige Vorgehen der unangemeldeten Prüfungen hat sich als ungeeignet erwiesen, die Pflege und Betreuung in den Einrichtungen zu verbessern:

- Kontrollen, Prüfungen und Verbote

haben keine Qualitätsfortschritte gebracht oder Pflegemissstände beseitigt.

- Die Kontrollen haben als Zeichen von Misstrauen in die Einrichtungen oftmals die partnerschaftliche Zusammenarbeit belastet.
- Die Mitarbeitenden der Einrichtungen mussten viel Zeit aufwenden für Dokumentationen anlässlich der Kontrollen und Prüfungen: So blieb weniger Zeit für das Wohl und die Förderung des Wohlbefindens und der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner.

Anzeige

Ausschreibung „DEMO-Kommunalfuchs 2017“

Bereits zum zwölften Mal werden die DEMO-Kommunalfüchse für herausragende kommunalpolitische Leistungen verliehen.

Die Auszeichnungen werden im Rahmen der Abendveranstaltung des DEMO-Kommunalkongresses am 16. November 2017 im Wasserwerk Berlin verliehen.

Kandidatenvorschläge oder Eigenbewerbungen mit einer kurzen Projektbeschreibung (bitte max. zwei DIN A4-Seiten) sowie eventuell weitere relevante Unterlagen bitte bis zum **4. Oktober 2017** an

DEMO – Demokratische Gemeinde
DEMO Kommunalfuchs
Network Media GmbH
Bülowstraße 66
10783 Berlin
Mail: witzel@demo-online.de



**JETZT
BEWERBEN!**

Gesucht werden Beispiele für herausragendes kommunalpolitisches Wirken, eine vorbildliche kommunalpolitische Strategie oder besonderes Engagement in der Kommunalpolitik.



Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Foto: MSAGD RLP

Wie verläuft die neue Beratung?

Die qualifizierten Fachkräfte der BP-LWTG erhalten ein verändertes Aufgabenspektrum:

- Ihnen kommt verstärkt eine Beratungsfunktion zu, dafür wurden sie intensiv geschult.
- Sie beraten die Einrichtungen passgenau und individuell ihrem Stand und ihren Fragen entsprechend.
- Sie setzen künftig noch mehr auf partnerschaftliche Prozesse und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.
- Ihre Beratung ist präventiver Art und konzentriert sich vor allem auf die Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität der Pflege-, Teilhabe- und anderer Unterstützungsleistungen.

Die Beratung erfolgt

- mindestens einmal im Jahr (bis zu Abständen von drei Jahren, wenn seit der letzten Prüfung keine wesentlichen Mängel bekannt wurden),
- zusätzlich zu bestimmten Themen auf Antrag,
- bei Einrichtungen mit besonderer konzeptioneller Ausrichtung bei Bedarf auf Antrag.

„Kultur des Hinschauens“ als gemeinsame Aufgabe

Die Beratung versteht sich aber auch als „verteilte“ Qualitätsverantwortung, als „Kultur des Hinschauens“ und damit als gemeinsame Aufgabe von Einrichtung, BP-LWTG, Fachkräften, den Angehörigen sowie allen Menschen im Umfeld der Bewohnerinnen und Bewohner.

Abseits der regelgerechten Beratungsgespräche stellt die Behörde durch unangemeldete Prüfungen bei gemeldeten Mängeln oder Beschwerden sicher, dass Pflege- missstände schnell, umfassend und nachhaltig beseitigt werden. Die

ordnungsrechtlichen Instrumente werden auch weiterhin konsequent genutzt.

Die Beratung der BP-LWTG ist unabhängig von der Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen (MDK), der für die Pflegeeinrichtungen nach wie vor seine Qualitätsgutachten erstellt.

Rolle der Einrichtungsträger

Die Träger der Einrichtungen sind verantwortlich für eine qualitativ hochwertige Pflege, Betreuung und Versorgung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Sie haben die Verantwortung für die Qualität in den Einrichtungen und deren Sicherung und Weiterentwicklung im Rahmen eines Qualitäts- und Anwendungsmanagements.

Mit dem Schritt weg von der Kontrolle hin zur Beratung steigt das Vertrauen in die Fachkompetenz der Einrichtungen. Zur Qualitäts-

verbesserung tragen statt Prüfung und Kontrolle jetzt Beratung und Fachgespräch bei. Das heißt: Wenn die Einrichtungen bisher gute Arbeit geleistet haben, wird dies nun zum spürbaren Vertrauensvorschuss. Die Beschäftigten in den Einrichtun-

gen sorgen Tag und Nacht für eine sach- und fachgerechte Betreuung und Pflege. Sie sichern das Wohl und den Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner, schaffen für sie gute Lebensbedingungen und setzen sich für Würde und Menschenrechte ein.

LWTG	Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe (novelliert 2016) möchte mit seinen Regelungen die Qualität der Einrichtungen für ältere Menschen und für volljährige Menschen mit Behinderungen und volljährige pflegebedürftige Menschen sichern und weiterentwickeln und ihnen eine ihren individuellen Wünschen und Bedarfen entsprechende Wohnform mit einem Höchstmaß an Privatsphäre ermöglichen.
LSJV	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung der für das Land Rheinland-Pfalz überörtliche Sozialhilfeträger, das Landesjugendamt, die Versorgungsverwaltung und die obere Gesundheitsbehörde
BP-LWTG	Beratungs- und Prüfbehörde nach dem LWTG Ein Referat im LSJV, zuständig für die Umsetzung und Einhaltung des LWTG

SPD: Die Rheinland-Pfalz-Partei auf allen Ebenen

Landesverband unterstützt kommunale Wahlkämpfe

Generalsekretär baut gemeinsam mit SGK zentrale Servicestelle auf. Frauenförderung spielt eine wichtige Rolle. Weiterbildungsangebote über eine Parteischule

Autor Daniel Stich

Ob im Kreis Südwestpfalz, im Kreis Neuwied oder im Landkreis Kusel – 2017 ist nicht nur das Jahr der Bundestagswahl. 2017 ist auch das große Jahr der rheinland-pfälzischen Urwahlen. In neun Landkreisen geht es in diesem Jahr darum, wer für die nächsten acht Jahre die Geschicke des Kreises führen wird. Mit Koblenz, Ludwigshafen und Neustadt an der Weinstraße machen die Bürgerinnen und Bürger außerdem in drei kreisfreien Städten ihr Kreuz auf dem Wahlzettel, um eine neue Oberbürgermeisterin oder einen neuen Oberbürgermeister zu wählen.

Die Unterstützung der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer von Seiten der rheinland-pfälzischen SPD verteilt sich dabei auf mehrere Bereiche: Neben dem finanziellen Part, den wir

als Landesverband für unsere Kandidatinnen und Kandidaten übernehmen, bauen wir gemeinsam mit der SGK auch eine zentrale Servicestelle auf. Wir wollen gemeinsam mit der SGK kompetenter Ansprechpartner für die Genossinnen und Genossen vor Ort sein. Das heißt für uns: Wir wollen ebenso Auskünfte zum Wahlrecht oder zu wichtigen Fristen und Formalien geben, als auch bei organisatorischen Fragen zu geplanten Veranstaltungen unterstützen.

Den Nachwuchs fördern

Dazu kann es auch gehören, dass wir Gastredner und Fachreferenten zu politisch und vor allem kommunalpolitisch interessanten aktuellen Themen vermitteln und mittelfristig ein Schulungsangebot bereitstellen, das denjenigen, die sich in einem be-

stimmten Themenfeld weiterbilden möchten, zur Verfügung steht. Gemeinsam mit der SGK schaffen wir so Seminarangebote für alle Genossinnen und Genossen im Land. Und das auf allen Gliederungsebenen unserer Partei.

Im Rahmen einer Parteischule wollen wir künftig besonders auch den kommunalen Nachwuchs fördern. So sollen den ehrenamtlich Tätigen beispielsweise Möglichkeiten eröffnet werden, sich weiterzubilden. Auch die Frauenförderung soll eine wichtige Rolle einnehmen. Denn hier haben wir noch Luft nach oben. Vielerorts ist die Kommunalpolitik bis heute sehr männlich dominiert. Doch wir wollen „die Rheinland-Pfalz-Partei“ bleiben und damit auch ein Abbild der Bevölkerung im Land



SPD-Generalsekretär Daniel Stich

Foto: Susi Knoll / SPD Landesverband Rheinland-Pfalz

sein. Dazu gehört natürlich auch, dass wir mehr Frauen für kommunale Gremien gewinnen.

Zentrale Säule des Services von Landesverband und SGK stellt auch die Beratung in Wahlkampf Fragen dar. Von der Wahlkampagne über die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler durch Haustürwahlkampf oder die Plakat- und Werbelinie bis hin zur Arbeit in und mit sozialen Netzwerken versteht sich das Angebot als Unterstützung seiner Urwahlkämpferinnen und Urwahlkämpfer.

Nah bei den Menschen sein

Die SPD ist auf allen Ebenen aktiv, um mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Und trotzdem ist noch mehr möglich. Genau deshalb dürfen wir nicht ausschließlich die Bundesebene fokussieren. Gerade die kommunalen Urwahlen sind nicht weniger bedeutsam für uns als SPD. Denn: All Politics is local. In den Kommunen wird das entschieden, was die Menschen in ihrem täglichen Leben betrifft. Und gerade dort müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine starke Stimme bilden. Die Urwahlen spielen dabei eine große Rolle. Dem Landesverband und mir als Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz geht es darum, die SPD ganz konkret vor Ort zu unterstützen. Für uns gilt noch immer ein zentrales Motto: Wir wollen nah bei den Menschen sein. Und dafür setzen wir uns gemeinsam mit der SGK ein. Für eine starke kommunale Familie ziehen wir alle an einem Strang.

Im Landkreis Kusel peilt Ulrike Nagel den Chefsessel im Landratsamt an

Sie hat Erfahrungen als Bürgermeisterin gesammelt und ist als Verwaltungsjuristin mit dem notwendigen Rüstzeug ausgestattet. Die Heimat liegt ihr am Herzen

Autor Wolfgang Kröhler

Wenn am 11. Juni im Kreis Kusel ein neuer Landrat gewählt wird, dann schickt die SPD eine Frau ins Rennen, die gute Chancen hat, diese Spitzenposition zu erklimmen: Ulrike Nagel bringt alle Voraussetzungen für dieses wichtige Amt mit. „Mir liegt unsere Heimat am Herzen“, versichert sie und fügt an: „Ich setze mich ganz dafür ein, dass sie dauerhaft für uns alle ein attraktiver Lebens- und Arbeitsraum bleibt. Unsere Region steht vor großen He-

rausforderungen, sie hat aber auch gute Chancen“. Für die Umsetzung ihrer Ziele ist Ulrike Nagel mit dem notwendigen Rüstzeug ausgestattet. Die Verwaltungsjuristin kann auf 25 Jahre Berufserfahrungen in Leitungsfunktionen zurückblicken. Und politische Verantwortung hat sie fünf Jahre lang als Bürgermeisterin der Kreisstadt Kusel getragen. Ulrike Nagel steht für eine Politik des offenen Dialogs und des fairen und konstruktiven Miteinanders. „Mein

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de



Ulrike Nagel kandidiert für das Landratsamt in Kusel.
Foto: Privat

Weg ist es, Konzepte und Lösungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit allen engagierten gesellschaftlichen und politischen Kräften zu entwickeln“. Bis zur Landratswahl im Juni hat sich die SPD-Kandidatin ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Bis dahin will sie alle 98 Ortsgemeinden im Landkreis besucht haben. Dabei möchte sie die Vorstellungen und Wünsche der Menschen erfahren und in ihr Programm für den Landkreis einbringen.

Moderne Infrastruktur

Als Landrätin will Ulrike Nagel deutliche Zeichen setzen, sie hat klare Vorstellungen, wie man den Landkreis Kusel voran bringen kann. Dazu gehört eine moderne Infrastruktur mit Breitbandausbau, eine ordentliche Versorgung mit Mobilfunk und ein gutes Straßennetz. Damit soll eine gute Lebensqualität für alle Generationen gesichert werden. Sehr am Herzen liegt ihr aber auch die ärztliche Versorgung auf dem Land. Ganz wichtig für den Landkreis und somit auch weit oben in der Prioritätenliste ihrer Zielsetzungen ist die Stärkung der regionalen Wirtschaftsunternehmen und des Gewerbes schlechthin. Und was vor allem die jungen Familien angeht, da hat Ulrike Nagel ganz eindeutige Vorstellungen: Kindergartenplatz für alle Einjährigen und ein umfassendes Ganztagsangebot.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion: Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Torsten Blank geht mit Traumergebnis in die Wahl zum neuen Landrat der Südlichen Weinstraße

Delegiertenversammlung nominiert SPD-Kandidaten mit 100 Prozent. Der Bürgermeister von Landau-Land soll die Nachfolge von Theresa Riedmaier antreten und den Landkreis in eine gute und sichere Zukunft führen

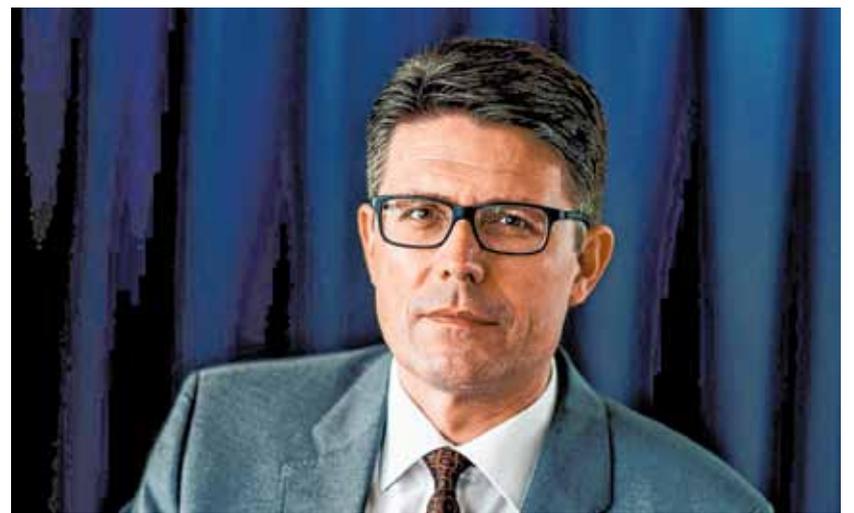
Autor Wolfgang Kröhler

Was hat Torsten Blank mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz gemeinsam? Er hat wie der neue Bundesvorsitzende ein absolutes Traumergebnis eingefahren: Mit sensationellen 100 Prozent hat nämlich die Delegiertenkonferenz der SPD im Landkreis Südliche Weinstraße den Bürgermeister von Landau-Land, Torsten Blank aus Billigheim, zu ihrem Kandidaten für die Landratswahl am 11. Juni 2017 nominiert. Ein Indiz für hohes Vertrauen und große Sympathie. Der Kreisvorsitzende Michael Dhonau brachte es auf den Punkt: „Torsten Blank soll Nachfolger unserer erfolgreichen Landrätin Theresia Riedmaier werden. Dafür werden wir bis zum Wahltag um Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger werben und um jede Stimme ringen“.

Und was sagt der Kandidat selbst? „Die Südliche Weinstraße ist ein starker, wirtschaftlich erfolgreicher, familienfreundlicher Landkreis mit sehr hoher Lebensqualität, einer engagierten Bürgerschaft und hervorragenden Zukunftschancen. Hier Verantwortung zu übernehmen ist eine herausfordernde und schöne Aufgabe. Ich möchte nicht nur Landrat für das Heute und Morgen sein, sondern ich werde auch das Übermorgen im Blick haben und die Südliche Weinstraße in eine gute und sichere Zukunft führen“, erklärte Torsten Blank unter dem starken Beifall der Anwesenden.

Verantwortung tragen

Demokratie lebe vom Mitmachen und Mitentscheiden. Das könne man am besten und am unmittelbarsten in der kommunalen Politik. Das eigene Lebensumfeld mitzugestalten sei sein Motiv für sein frühes Engagement im Gemeinderat und als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Billigheim-Ingenheim gewesen. Verantwortung zu



Torsten Blank, Landratskandidat Südliche Weinstraße

Foto: Privat

tragen und vorausschauend zu arbeiten sei schon immer ein wesentlicher Antrieb für sein kommunalpolitisches Wirken bisher und bleibe es auch in Zukunft. „Vertrauen, Zusammenhalt und Fortschritt“ sind der Dreiklang seiner Kampagne für die Landratswahl und Leitlinie für seine künftige Amtsführung. Vertrauen erarbeiten und rechtfertigen sei eine wesentliche Grundlage für politisches Wirken. Zusammenhalt brauche unsere Gesellschaft mehr denn je..

Schnelles Internet wichtig

„Wir sind es unseren Kindern schuldig, unsere Natur und Umwelt zu schützen und nicht ungebremst auszubehnten. Sie haben das Recht, nach uns auf dieser Erde und auf diesem schönen Flecken Südliche Weinstraße ein gutes Leben zu gestalten“, so Torsten Blank aus voller Überzeugung. Breitbandversorgung sei eine wichtige neue Infrastruktur. Sie sei aber kein Selbstzweck. Wir müssen uns auch in der kommunalen Politik auf die Digitalisierung der Gesellschaft einstellen und unsere Verwaltungen, das Gesundheitswesen, Wirtschaft, Handel und Dienstleistungsbranche

darauf vorbereiten und einstellen“, ist sich Torsten Blank sicher. Das „schnelle Internet“ sei eine äußerst wichtige Zukunftsaufgabe. Auch Weinbau und Tourismus seien wichtige Zukunftsthemen. Torsten Blank: „Wie in wenig anderen Branchen gilt hier ‚Stillstand ist Rückschritt‘. Unsere Aufgabe muss sein: Erneuerung, Investitionen, kreative Ideen und eine Stärkung der Marke Südliche Weinstraße in Weinwirtschaft und Gastfreundschaft“.

Blank hat viel vor

Was unbedingt mit voller Kraft weitergeführt werden müsse, sei die hervorragende Kinderbetreuung, die ausgeprägt moderne Schullandschaft, Wirtschaftsförderung und Gestaltung interessanter Arbeitsplätze, der weitere Ausbau des ÖPNV, die Förderung von Kunst und Kultur und der Erhalt der Kreismusikschule. Torsten Blank: „Diese Aufgaben aktiv anzugehen, anzupacken und mit allen gesellschaftlichen Kräften der Südlichen Weinstraße nach Lösungen zu suchen und diese umzusetzen, das ist mein Antrieb und meine starke Motivation für die Kandidatur zum neuen Landrat der Südlichen Weinstraße“.